



26.10.2012

**Transparenz in zehn Stufen**

## **Koalition mit neuen Regeln für Abgeordneten-Nebentätigkeit / Opposition will mehr**



An ihm...

**BERLIN** - Jahrelang hielten Union und FDP schärfere Regeln für das Offenlegen von Abgeordneten-Nebeneinkünften für unnötig. Jetzt haben sie ein Modell beschlossen, das für deutlich mehr Transparenz sorgen soll. Es bleibt aber immer noch hinter den Vorstellungen von SPD, Grünen und Linken zurück. Die Opposition will noch tiefere Einblicke gewähren.

„Die Koalition schreitet voran in Sachen Transparenz“, feierte Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, die eigene Beweglichkeit. Statt in bisher nur drei Stufen – von 1000 bis 3500 Euro, bis 7000 Euro, über 7000 Euro – sollen Bundestagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte künftig in zehn Stufen offenbaren. Die ersten beiden Stufen bleiben. Dann folgen Einkünfte bis 15 000, 30 000, 50 000, 75 000, 100 000, 150 000, 250 000 und über 250 000 Euro. Diese Treppe beschlossen Union und FDP in der Parlamentskommission für die

Rechtsstellung der Abgeordneten – gegen SPD, Grüne und Linke.

„Leider hat sich die Opposition verweigert“, bedauerte Grosse-Brömer, „also gehen wir eben vorweg.“ Die Opposition sieht das völlig anders. Die Koalition „hat sich bewegt, ist aber immer noch nicht bereit, echte Transparenz herzustellen“, kritisierte SPD-Verhandlungsführer Thomas Oppermann. Ebenso wie die Linke macht sich die SPD für eine Veröffentlichung auf Euro und Cent stark. Auch die Grünen streiten dafür. Alternativ können sie sich ein nach oben ausgeweitetes 13-Stufen-Modell vorstellen. Die Oppositionsparteien sind sich einig: Nur unter ihrem Druck hätten sich Union und FDP überhaupt bewegt.

Tatsächlich haben sich alle Parteien durch den Streit um die Redehonorare von Peer Steinbrück unter Zugzwang gesetzt. Union und FDP hatten verlangt, dass der SPD-Kanzlerkandidat die genaue Summe seiner Honorare offenlegt, besser noch seine Steuererklärung. Dabei hatten sie selbst bis dahin auf der Bremse gestanden, wenn es um schärfere Offenlegungsvorschriften ging. Kein Wunder: Nach Berechnungen von „abgeordnetenwatch“ gibt es die meisten Nebenverdiener in der jetzt noch geltenden Höchststufe drei in Union (77) und FDP (25). Steinbrück habe aus seinen Vorträgen seit 2009 mindestens 700 000 Euro kassiert, so die Organisation.

Hatte auch die SPD bis zum Wirbel um ihren Herausforderer einen Ausbau des Stufenmodells propagiert, drehte sie nach den Attacken den Spieß um. Was Union und FDP von Steinbrück einforderten, sollten sie ebenso bei Nebenverdienern in ihren Reihen leisten, nämlich Auskunft auf den Cent genau.

Das wiederum halten die Koalitionäre für übertrieben. „Wir sehen darin keinen Transparenz-Mehrwert“, argumentiert Grosse-Brömer. Es gehe darum, mögliche Abhängigkeiten zwischen Neben- und Abgeordnetentätigkeit aufzudecken. Genau das leiste das Zehn-Stufen-Modell, ohne die „Freiheit des Mandats“ auszuhöhlen, meinte Grosse-Brömer. Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) ergänzte, allen Abgeordneten bleibe es unbenommen, von sich aus in Euro und Cent offenzulegen.

Mit dem Koalitionsbeschluss in der Rechtsstellungskommission ist das Verfahren aber erst gestartet. Weitere Runden im Geschäftsordnungsausschuss folgen, am Ende entscheidet das Parlament. Die SPD geht davon aus, dass es noch Änderungen geben wird. Die Koalition könnte ihre Vorstellungen aber auch allein durchsetzen. (Von Arnold Petersen)



**Ihre Meinung ist gefragt!**